



11 Jahre Regierungspartei - eine kleine Bilanz

Christian Reimann

Seit über 10 Jahren ist die SPD maßgeblich an der Bundesregierung beteiligt. 7 Jahre davon stellte die SPD den Bundeskanzler. In all diesen Jahren wurde viel erreicht. Das wurde auch auf dem Sonderparteitag mehrfach betont.

Jedoch ist auch einiges versäumt worden; anderes wurde auch falsch gemacht. Einige Beispiele:

1. Unter der rot-grünen Regierungszeit ist es versäumt worden, den gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Dem Beispiel unserer Nachbarstaaten wollte man nicht folgen. Nun haben wir die Große Koalition; nun könne er u.a. mit Rücksicht auf eben diese Koalition nicht realisiert werden. Positiv zu bewerten ist, dass im Hamburger Grundsatzzprogramm der gesetzliche Mindestlohn gefordert wird.
2. Trotz der programmatischen Forderung nach einem Verbot der Leiharbeit wurden die gesetzlichen Bestimmungen der Arbeitnehmerüberlassung zum 01. Januar 2004 abgemildert. So wurden beispielsweise zeitliche Befristungen bis zur Unbefristung ausgeweitet und das Synchronisationsverbot aufgehoben. Im Hamburger Grundsatzzprogramm wird

Leiharbeit lediglich als tatsächliche Arbeitssituation beschrieben. Vom ausdrücklichen Verbot der Leiharbeit ist nicht mehr die Rede. Gewerkschaften mahnen seit Jahren zur Korrektur. Gleiches gilt für das Streikrecht.

3. Nachteile durch Herkunft oder aufgrund des Geldbeutels der Eltern dürfen den gleichen Zugang zu Bildung und zu sozialem Aufstieg nicht versperren. Diese Einsicht war leider nicht immer bei allen Abgeordneten vor Ort vorhanden als es um Studiengebühren ging. Es war z.B. die SPD, die in Niedersachsen den Beginn der Privatisierung von Bildung eingeläutet hat. So wurden von Studierenden Strafgeldern erhoben, wenn sie ihr Studium nicht in der vorgesehenen Zeit schaffen.
4. Oft ist die Rede von einer „selbstbewussten“ Friedenspolitik. Auch früher hatte sich die SPD der Friedenspolitik verpflichtet und bekundet, die Dynamik der Aufrüstung brechen, die der Abrüstung in Gang setzen zu wollen. Diesem Ziel handelte die SPD unter anderem durch den Jugoslawien-Einsatz und milliardenschwere Rüstungsverkäufe grob zuwider. Auch die „Verteidigung am Hindukusch“ kann nicht als Friedenspolitik bezeichnet werden.
5. In Europa möchte die SPD der Sozialpolitik den gleichen Rang geben wie der Wirtschaftspolitik. Zugleich wird der Lissabon-Vertrag unterstützt. Manch Europa interessierter Mensch scheint den Vertrag nicht gründlich gelesen zu haben. Die EU soll nicht einer sozia-

alen Marktwirtschaft, sondern dem „Grundsatz der offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ verpflichtet werden. Das ESZB wäre der Preisstabilität verpflichtet, nicht der Vollbeschäftigung. Über die Grundrechtecharta wäre im Kriegsfall oder bei drohender Kriegsgefahr die Wiedereinführung der Todesstrafe möglich, ebenso die Tötung von Menschen, um einen Aufstand oder Aufruhr niederzuschlagen (zur Erinnerung: die Bundesrepublik Deutschland befindet sich derzeit im Krieg; nämlich mit Afghanistan).

6. Aus aktuellem Anlass: Schon 1999 hätten Maßnahmen ergriffen werden können, die dieser Finanzkrise entgegengewirkt (oder vermieden) hätten. Vorschläge zur Kontrolle der internationalen Finanzmärkte waren u.a. eine Regulierung des kurzfristigen Kapitalverkehrs zur Eindämmung der Spekulationsgewinne von Hedge-Fonds und stabile Wechselkurszielzonen durch internationale Absprachen. Spätestens seit 2008 wissen alle, dass ein neuer Kurs für die Finanzmärkte dringend geboten ist.

Es wurde viel Vertrauen in die Politik der SPD verspielt. Das muss sich ändern. Beispielsweise könnten Anträge zur Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zugestimmt werden, auch wenn sie von einer konkurrierenden Partei eingereicht werden. Fehler können gemacht werden. Wer aus seinen Fehlern jedoch nicht lernt und permanent eine Politik gegen die Mehrheit der Bürger betreibt, bekommt die Quittung später.